

Drei Kartons mit Geschichte

Westdeutsche Kinder in DDR-Ferienlagern. Verbot der Aktion »Frohe Ferien für alle Kinder« (Teil 1)

Burga Kalinowski

Na ja, ob Sie da noch Leute finden, die das organisiert haben? Der Mitarbeiter des Büros des Verbands der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Dortmund hat Zweifel, will sich aber umhören und mir Bescheid sagen. Das sei schließlich eine interessante Geschichte aus der Geschichte, diese Aktion »Frohe Ferien für alle Kinder«, als westdeutsche Kinder in Ferienlagern der DDR Urlaub machten. Damals in den 50er Jahren – in der Zeit politischer Restauration und hysterischer Kommunistenverfolgung.

Mitten im heißesten Kalten Krieg arbeiteten engagierte Frauen und Männer mit der DDR zusammen, organisierten ganze Sonderzüge von West nach Ost und brachten gut erholte Kinder zurück. Alles legal. Trotzdem wurde ihnen in politischen Verfahren daraus ein Strick gedreht. Heute ist das wenig bekannt. Genau deshalb suche ich Zeitzeugen. Dann kommt der Rückruf der VVN-BdA und ein Name: Reinhard Junge aus Bochum. Ein weiteres Ferienkind war Heidi Zeidler aus Höxter. Sie treffe ich Mitte Juli in Berlin. Als am 17. August 1956 die KPD verboten wird, ist sie in einem Ferienlager im Berliner Umland und hat Angst um ihre Eltern zu Hause. 1957 werden die Eltern in Höxter verhaftet, und die 15jährige Heidi fasst einen ungewöhnlichen Entschluss.

Zwei Ferienkinder, zwei Kindergeschichten. Ich fahre nach Bochum. Besuch bei Reinhard Junge, Jahrgang 1946, Lehrer, Buchautor, in Dortmund aufgewachsen, Linker mit Herz, Verstand und Humor, Borussen-Fan natürlich. Reinhard Junge hat schon mal nach Fotos geguckt, nach Akten, Unterlagen und Zeitungen aus dieser Vergangenheit. Es wird ein langes Gespräch bei Kaffee und Kuchen. Dann schleppt er drei Kartons in die Stube. Drei Kartons mit Geschichte und Geschichten. Das ist Journalistenglück. Unglaublich. Prozessakten, Anwaltsschreiben, Zeitungsberichte, Hefter mit Solidaritätsbriefen aus der ganzen DDR, als seine Mutter vor Gericht in Dortmund stand. Erinnerungen. Lore Junge gehörte zu den Frauen, die die Ferieninitiative 1954 mit auf den Weg brachten. Jahre später, am 15. November 1963, wurde sie dafür in der »Strafsache Staatsgefährdung« angeklagt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, auf Bewährung. Mit angeklagt waren Viktoria Krützner aus Hattingen und Else Funke aus Siegen.

Antikommunistisches Klima

Passende Paragraphen gab es in Hülle und Fülle. Auch entsprechendes staatsanwaltschaftliches und richterliches Personal stand zur Verfügung, sehr häufig mit NS-Erfahrungen – und mit der steten Bereitschaft, diese Erfahrungen wieder gegen politisch Andersdenkende einzusetzen. Alte Nazis spielten Demokratie und bewährten sich unter ihrem neuen Dienstherrn, der Bundesrepublik, als Fachleute beim Vorgehen gegen »kommunistische Elemente« – wie ein paar Jahre zuvor noch im »1.000jährigen Reich«. Selbst die Sprache wurde beibehalten. Und vor allem: die Gesetze. Pech für Lore Junge, die aus einer antifaschistischen und kommunistischen Familie kommt. Wie ihr erging es vielen anderen Müttern und Vätern, denen in Schau- und Abschreckungsprozessen Staatsräson beigebracht werden sollte. Auch denen ohne rote Gesinnung. Im Nachtrab zum KPD-Verbot von 1956 machte der Rechtsstaat kurzen Prozess: Die Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) »Frohe Ferien für alle Kinder« wurde verboten. Vorbei die Ferien für Westkinder im Osten. Ende der 1950er Jahre wurden Ermittlungsverfahren gegen die Mitarbeiter eingeleitet, Privatwohnungen und Büros wie die Geschäftsräume der ZAG in Düsseldorf durchsucht. Beschlagnahmt wurden Schreibmaschinen, Broschüren über die UN-Kinderrechte oder Programme wie »Auf geht's zur Winterfahrt«, Fotos von DDR-Ferienlagern, Fahrkartenquittungen, Schreibblöcke, nicht zu vergessen der Aufruf zu einer Atomwahnwache – kurz, alles, was nicht niet- und nagelfest war und kommunistischen Zielen womöglich dienlich, wurde eingesackt: »Beweismaterial«. Gesundheitsämter weigerten sich, die Kinder vor Reiseantritt zu untersuchen, in Düsseldorf, Mönchengladbach und Remscheid wurden Schulkinder aus dem Unterricht geholt und hochnotpeinlich über ihre Aufenthalte in Ferienlagern befragt, der Verfassungsschutz durchleuchtete das Leben fürsorglicher Kindergärtnerinnen wie das von Eva Brock. Die offensichtliche soziale Überlegenheit der DDR in dieser Frage passte nicht in das propagandistische Zonenbild.

Tatsächlich gab es dort frohe Ferien für alle Kinder, finanziell so günstig, dass heute kein Ostmensch mehr weiß, was 14 Tage Ostsee oder Thüringer Wald gekostet haben. Für westdeutsche Eltern gestaltete sich die Ferienreise ihres Kindes in die »Zone« denkbar günstig. Das zuständige Amt für Jugendfragen der DDR gab 1957 für Transport und Unterbringung der kleinen westdeutschen Gäste 1,6 Millionen Mark aus. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz kam nicht darum herum, hohe Standards bei Betreuung, Verpflegung, Unterbringung und Hygiene zu konstatieren. Bonner Politiker sorgten sich mittlerweile über eine »starke Wirkung im Sinne der Aufweichung der Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus«, so argwöhnte jedenfalls Franz Thedieck, Staatssekretär im »gesamtdeutschen« Ministerium.

mit seinen Erfahrungen genau der rechte Mann auf diesem Posten: Schon 1933 brachte der damalige Oberregierungsrat in Köln diensteifrig Antifaschisten ins Gefängnis. Wahrscheinlich entstanden zu dieser Zeit bereits die Allianzen, die ihn 1949 auf direktem Wege in Konrad Adenauers Kabinett führten. Die Herren dort sahen verständnisvoll darüber hinweg, dass ihr Regierungskumpan 1946 wegen Fragebogenfäschung zu seiner NS-Karriere in den Knast gehen musste. Zeit und Tätigkeit als Generalreferent der NS-Verwaltung in Brüssel waren kein Ruhmesblatt. Doch 1949 hatte sich der Wind gedreht: Keiner war es gewesen. Leute wie Thedieck wurden wieder gebraucht. 1966 wurde der Mann dann Intendant des *Deutschlandfunk*.

Juristische Willkür

Zunächst musste Thedieck aber die »Gefahr aus dem Osten« abwehren. Höchst ärgerlich und politisch nicht hinnehmbar, dass diese Ferienaktion »wahrscheinlich die wirkungsvollste Aktion der kommunistischen Stellen in der Bundesrepublik« im Wettstreit der Systeme werden könne – unmöglich. Das war nicht vorgesehen nach dem Alleinvertretungsanspruch des westdeutschen Staates, der sich als Bollwerk gegen den roten Osten verstand. Um nicht zu sagen Rammbock. Eine Broschüre aus diesem Ministerium warnte Eltern vor der »sowjetzonalen Ferienaktion«: Sie sei »Gift für Kinderseelen«. Die freie Presse kolportierte es gern und variantenreich. Es begann eine konzertierte Aktion: Politik, Justiz, Polizei und Medien warfen sich gekonnt die Bälle zu. Unabhängigkeit, Rechtsstaatlichkeit?

Diether Posser, Jurist, Anwalt, 1972 bis 1978 Justizminister von NRW, sagte später: »Die Leute von links sind damals miserabel behandelt worden, das war wirklich eine Schande.« Posser, der u. a. auch Lore Junge vor Gericht vertreten hat, wusste aus seiner Tätigkeit als »Anwalt im Kalten Krieg« – so der Titel seiner Memoiren –, dass es »nie um Gewalttaten, sondern immer um Gesinnung« ging. Das damalige offizielle bundesdeutsche Polit- und Juristenkauerwelsch versuchte diesen Sachverhalt und die zugrunde liegende Willkür zu kaschieren. So ist in der Verbotsverfügung vom 6. Juli 1961 wortwabernd die Rede von kommunistischen Umtrieben und verfassungsfeindlichen Tarnorganisationen, zu denen die ZAG »Frohe Ferien für alle Kinder« gehöre. Nachfolgende Zitate sind nicht erfunden: »Die ZAG ist eine (...) Vereinigung, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. (...) Der Vereinigung wird jede Tätigkeit, insbesondere die Organisation und die Durchführung von Ferienkindertransporten in die SBZ, (...) untersagt.« Weil, so heißt es weiter, die ZAG »darauf ausgehe, die Kinder, denen sie Ferienplätze in der SBZ vermittelt, im Sinne des Kommunismus zu erziehen«. Weiterhin würden »die Verhältnisse in der SBZ verherrlicht, die Zustände in der Bundesrepublik dagegen unsachlich kritisiert und herabgesetzt.(...) Die Propaganda der ZAG ist dazu bestimmt, bei den Eltern Unruhe und Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen in der Bundesrepublik hervorzurufen und gleichzeitig Gelegenheit zu geben, unkritische Betrachter für die »sozialen Errungenschaften« in der SBZ einzunehmen (...).« Ja, na dann ... So geht das über sechs Seiten.

Günstige Ferien für alle

Lore Junge und ihre Mitstreiterinnen haben ihr soziales und politisches Engagement nie bereut. Es müssen Zigtausende, insgesamt Hunderttausende Kinder gewesen sein, Jungen und Mädchen aus dem Ruhrpott, aus Bremen, aus Frankfurt oder sonstwoher. 1954, im ersten Jahr, fuhren etwa 30.000 in die DDR, im zweiten 55.000, und so ging es weiter. Eine erfolgreiche Aktion. Für die meisten von ihnen war es der erste Urlaub. Die ZAG managte die Ferieninitiative, die am 20. Juli 1954 gegründet und zum 1. Juli 1961 verboten wurde. Nach sieben Jahren war Schluss. Schluss mit lustig gewissermaßen – vor allem aber Schluss mit dem kommunistischen Kram aus der »Zoffjetzone«, wie der Kölsch nuschelnde Adenauer das andere Deutschland nannte. Dieses andere Deutschland hatte es vier Jahre nach Krieg und NS-Terror fertiggebracht, das erste Kinderferienlager der DDR in Prora auf der Insel Rügen einzurichten. Das war im Sommer 1949. Jahr um Jahr folgten weitere. Ein familien- und kinderfreundliches Gesetz aus dem Jahr 1950 verpflichtete Länder, Kommunen und Betriebe, großzügig kindergerechte Einrichtungen für Freizeit, Sport und Spiel zu schaffen. Sozialpolitische Projekte, die hochfliegende Träume, ehrgeizige Ziele und pragmatische Maßnahmen dokumentieren. Gesetze sind nie sofort die Wirklichkeit. Trotzdem war das ein historischer Wandel: Theater und Fernsehen und Verlage extra für Kinder, Pionierpaläste, Ferienlager in alten Schlössern und in Armeezelten. Bis 1990 hatte schließlich fast jeder mittelgroße Betrieb, größere sowieso, ein Urlaubsheim und/oder ein Kinderferienlager. Dann – 1990 per 3. Oktober – war wieder Schluss mit diesem Kinderkram, der natürlich nicht perfekt war,

sondern mit den Mängeln der Zeit behaftet, in den Nachkriegsjahren oft provisorisch, durch die Jahre immer ein Spagat zwischen Wollen, Können, Wünschen. Aber selbst Milchnudeln, restriktive Anordnungen zur Mittagsruhe, Plakate mit kämpferischen Losungen für Frieden und Völkerfreundschaft oder Morgenappelle mit musikalischen Muntermachern über Lautsprecher verdarben den Kindern aus Ost und West weder Spaß noch Abenteuer. Wahrscheinlich ganz im Gegenteil.

Reinhard Junge erinnert sich nicht an alles, aber beim Erzählen kommen die Einzelheiten zurück: Das Fischerdörfchen Glowé auf Rügen, die Ostsee, die Kreidefelsen, der Geschmack geräucherter Aale, die es einmal zum Abendbrot gegeben hat. »Aber mal ehrlich: Essen war nicht wichtig, obwohl wir gut versorgt worden sind. Wir waren ja auch nicht verwöhnt. Die meisten Kinder kamen aus Arbeiterfamilien, wo das Wirtschaftswunder sowieso nicht richtig hinreichte. Und beim Preis der Ferienplätze war die DDR deutlich unschlagbar.«

Unterschiede zwischen Ost und West

Die 50er Jahre im Ruhrpott waren für Kinder kein Paradies. Dortmund zum Beispiel war schwer zerstört, auch die Vororte. Reinhard Junge erinnert sich an Bombentrichter, an ein Wäldchen, Bolmke genannt, in der Nähe des Stadions. »Da haben wir gespielt. Klar, auch in den Ferien. Verreisen war nicht drin oder nur ganz selten. Nee, nee, Betriebsferienlager gab es nicht. Wie denn, wer denn? Deshalb, in den Ferien wegfahren, das war toll für uns.« Einen Eindruck hat Reinhard Junge sofort parat: »Ganz Rügen war voll mit Betriebsferienlagern.« Ich muss lachen. Na ja, irgendwie stimmt es ja. Die Recherche allein für Glowé ergibt: Hier war nicht nur *Rügen Radio* stationiert, der Sender für die Handels- und die Fischereiflotte. Von 1965 bis 1993 bestand ein Campingplatz. Das Volkseigene Kombinat Buna errichtete und unterhielt ein Ferienlager für die Kinder seiner Arbeiter und Angestellten. Ein weiteres Kinderferienlager am östlichen Ortsrand wurde von der FDGB-Einzelgewerkschaft Unterricht und Erziehung betrieben. Heute ist es einer der bevorzugten Standorte für Einfamilienhäuser. Schließlich gab es noch ein drittes großes Ferienlager vom Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie. Das lag in der Mitte des Ortes. In den 1990er Jahren wurde es abgerissen, mit Eigenheimen und einem Discounter bebaut.

Keine einzige der Dortmunder Zechen, sechs oder sieben waren es, oder eines der drei Stahlwerke habe damals ein Betriebsferienlager gehabt, sagt Junge. Jetzt muss er lachen: Völlig abwegig dieser Gedanke und irgendwie komisch, dass die auch nur einen kleinen Teil ihrer Gewinne dafür aufgewendet hätten. Konzerne, die erbittert mit Gewerkschaften um Mitbestimmungsrechte stritten, die bei Tarifverhandlungen knallhart ihre Profitinteressen vertraten – die gaben doch keinen Pfennig für Ferienheime. Darin bestand einer der Unterschiede zwischen Ost und West, sagt er. Auch deshalb wurde die KPD verboten oder die Freie Deutsche Jugend 1951. Im Juli 1951 kam das Verbot der Bundesregierung für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, dem sich allerdings nicht alle Bundesländer anschlossen. Später war die Aktion »Frohe Ferien für alle Kinder« dran. Kann man doch verstehen, wenn man diese Zeit betrachtet und hinter die Polit- und Wohlstandskulissen sieht. Das Grundgefühl jener Jahre hat Reinhard Junge als Kind mitbekommen: Wenn die Eltern über Buchenwald gesprochen haben, über Mauthausen und Börgermoor, wo sein Vater gewesen war. Von Protesten gegen die Wiederaufrüstung, vom Göttinger Manifest 1957, in dem 18 führende westdeutsche Wissenschaftler gegen Adenauers atomare Aufrüstungspläne der Bundeswehr protestierten. Deutlich auch die Bilder der Empörung und Trauer im Revier, als Philipp Müller erschossen wurde – im Mai 1952 auf einer Demonstration in Essen gegen die Wiederbewaffnung. Von Verhandlungen der Montanindustrie wurde zu Hause gesprochen, von Streiks, von einem Land DDR, von Wahlen und dem Vorschlag, einen Friedensvertrag abzuschließen – 1951 war das. Von Stalin war die Rede und von einer wichtigen Note. Nicht alles verstand das Kind. Es merkte sich Begriffe, mit den Jahren erfasste es auch den Sinn. »Alle waren für die Wiedervereinigung, nur die CDU nicht«, stellt Reinhard Junge rückblickend fest.

So war das. Man sollte es nicht vergessen. Auf die Bilder der Kindheit kann man sich ganz gut verlassen. Junge erzählt mir, dass die Idee zu einer ähnlichen Aktion schon eher entstanden war, um Kindern und Jugendlichen zu helfen. Ausgangspunkt war eine schlimme Geschichte. Eine Katastrophe. Am 20. Februar 1946 passierte in der Zeche Grimberg 3/4 in Bergkamen bei Dortmund das größte Bergbauunglück der deutschen Geschichte. Die meisten der 466 Kumpel der Frühschicht hatten keine Chance. Mehr als 400 starben. Es gab kaum eine Familie in der Region Bergkamen, die nicht in irgendeiner Weise von dem Unglück betroffen war. 283 Witwen beklagten den Tod ihrer Männer, 433 Töchter und Söhne den Tod ihrer Väter. Einige Kinder und Jugendliche wurden durch das Unglück zu Vollwaisen. Das Leid war unbeschreiblich. Aus ganz Deutschland kamen Angebote zur Hilfe. Auch aus der damaligen SBZ. Sie bot den Hinterbliebenen einen längeren kostenfreien Urlaubsaufenthalt im Osten an, um Ruhe zu finden und Zeit zur Trauer. Die westdeutschen Behörden lehnten ab. Man wollte von den Roten keine Hilfe – der Kalte Krieg warf schon seine Schatten. Die KPD organisierte damals Busse, so dass Frauen und Kinder trotzdem zur Erholung in die SBZ fahren konnten. So hat es Lore Junge erzählt. Sie war dabei.

»Ich bin mit Politik groß geworden. Man wurde hier bestraft, wenn man für die deutsche Einheit war. Da waren die gnadenlos. Diese Sache ›Frohe Ferien‹ gehört dazu. Fast alles von damals ist da drin«, sagt Reinhard Junge und zeigt auf die drei Kartons.

Dann kommt die Überraschung: Ich kann alles mitnehmen. Danke.

Lesen Sie den Teil 2 am nächsten Mittwoch auf den jW-Themaseiten:

Lore Junge gibt eine Erklärung ab. Soli-Post aus Marksuhl. Die Geschichte von Heidi Zeidler. Im Schloss der Frau von Stein

Burga Kalinowski schrieb an dieser Stelle am 11.9.2015 über den Dichter Rainer Kirsch.

<http://www.jungewelt.de/2016/08-17/069.php>